

JOHANNES
VARWICK

STARK

FÜR DEN FRIEDEN

Was jetzt für eine
rationale
Sicherheitspolitik
zu tun ist

WESTEND

W E S T E N D

Johannes Varwick

Stark für den Frieden

Was jetzt für eine rationale
Sicherheitspolitik zu tun ist

W E S T E N D

Impressum

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-98791-358-7

1. Auflage 2026

© Westend Verlag GmbH, Waldstr. 12 a, 63263 Neu-Isenburg

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG

Gutenbergstraße 8 • 93051 Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
1 Wie mich Realpolitik im Ukraine-Krieg ins Abseits manövriert hat	9
Gesinnungswandel 1.0	11
Im Zentrum	12
Auf dem Weg ins Abseits	17
Realpolitik und Ukrainekrieg	21
Radikalisierung der Debatte	27
Persönliche Begebenheiten und verändertes Diskursklima	29
Beifall von der falschen Seite	35
Realpolitik ist unpopulär	37
Verlust des Zugangs zur Politik	39
2 Krieg und Sicherheitspolitik: Befunde, Konzepte und (Fehl-)Annahmen	43
Krieg im permanenten Wandel	44
Terrorismus und die Transformation des Krieges	47
Empirische Befunde zum Kriegsgeschehen	48
Technologische Dimension	51
Sicherheit und Sicherheitskulturen	53
Wann ist genug genug?	56
Sicherheitsbegriff im Wandel	60
Dimensionen des Wandels	62
Versicherheitlichung	66
Vernetzte und integrierte Sicherheit	68
Definition Sicherheitspolitik	72
3 Kriegstüchtigkeit: Rekonstruktion eines fehlgeleiteten Konzepts	75
Deutschland als Zentralmacht	76
Neue Töne und Stellenwert des Militärischen	79

Zeitenwende(n)	81
Illusion der Auslandseinsätze	83
Mentalitätswechsel zur Kriegstüchtigkeit	86
»Neuer Wehrdienst« und Notstandsrufe	90
Selbstverständlichkeiten und falsche Tonlage	93
Anstieg des deutschen Verteidigungshaushaltes	97
Rüstung wogegen?	100
Russlands Irrwege	100
Kräftevergleich NATO-Russland	104
Exkurs: Israel und die Überbetonung militärischer Mittel	108
»Rationale Sicherheitspolitik statt Alarmismus«	110
4 Stark für den Frieden: Bausteine einer rationalen	
deutschen Sicherheitspolitik	113
Argumente für einen Naturzustand des Friedens	113
Konfliktbewältigung im Rahmen der	
Vereinten Nationen	116
Deutschlands Beteiligung an der	
UN-Friedenssicherung	120
Das transatlantische Europa unter Druck	123
Militarisierung der EU	125
Die Suche nach der richtigen Balance	128
Vernachlässigung von Diplomatie	129
Ökologische und entwicklungspolitische Fragen	131
Einhegung der Rüstungsindustrie	133
Rüstungskontrolle und Vertrauensbildende Maßnahmen	136
Nichtangriffsfähigkeit und	
»Multi Domain Operations«	139
Die Scheindebatte um europäische Nuklearwaffen	146
Vom Krieg in der Ukraine zum Krieg um die Ukraine?	147
Warum ich Pazifismus nicht für die richtige	
Antwort halte	150
Bewahrung des Friedens als realpolitische Aufgabe	152
»Elevator Pitch« zur deutschen Sicherheitspolitik	156
Anmerkungen	159

Vorwort

Sicherheitspolitik hat Konjunktur – sie befindet sich jedoch in Deutschland auf einem gefährlichen Irrweg. Der Begriff »Kriegstüchtigkeit« steht für diese Entwicklung wie kaum ein anderer. Wer Frieden will, muss stark sein. Aber das hinter der Kriegstüchtigkeit stehende Konzept beansprucht unverhältnismäßige Ressourcen, militarisiert Politik und Gesellschaft – und trägt nichts zur Lösung der zahlreichen sicherheitspolitischen Probleme bei. Der in 80 Jahren Nachkriegsgeschichte überwunden geglaubte Militarismus droht in Deutschland schleichend – und oft sogar mit guten Absichten – in einem neuen Gewand zurückzukehren.

Russland ist eine Bedrohung für europäische Stabilität, und der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist zu verurteilen. Aber dass es so weit gekommen ist, liegt auch an einer verfehlten Politik des »Westens« und Deutschlands. Auch wenn nachvollziehbar ist, dass infolge dieses Krieges Staaten wie Deutschland ihre Sicherheitspolitik geändert haben und ihre Verteidigungsfähigkeit verbessern: Der derzeit verbreitete Alarmismus in weiten Teilen der Politik und der Medien (»letzter Friedenssommer«) basiert auf keiner seriösen Bedrohungsanalyse. Mit erstaunlicher Eindimensionalität hat die deutsche Sicherheitspolitik Maß und Mitte verlassen.

Das Buch zeichnet diese Diskursverschiebung auf der Basis einer nüchternen sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme kritisch nach und entwickelt Alternativen für eine rationale Sicherheitspolitik, die ein realistisches Verständnis deutscher sicherheitspolitischer Instrumente und Verantwortung umfasst. Es ist ein persönlicher Erlebnisbericht und ein wissenschaftliches Essay zugleich. Persönlich, weil ich

durch meine abweichende Analyse und Haltung zum Krieg gegen die Ukraine und meine zunehmend kritische Sicht auf die (Un-)Möglichkeiten rein militärischer Mittel in der Sicherheitspolitik ins sicherheitspolitische Abseits geraten bin. Wissenschaftlich, weil ich auf der Basis jahrzehntelanger fachlicher Expertise die Debatte strukturiere und faktenbasiert Alternativen entwickele.

In Kapitel 1 zeichne ich zunächst sehr offen nach, wie und mit welchen Konsequenzen »Abweichler« im sicherheitspolitischen Diskurs in Deutschland behandelt werden. Es geht dabei nicht um persönliche Befindlichkeiten, sondern um das Sichtbarmachen von Diskursverengungen – und ihrer meist schädlichen Konsequenzen für die Politik. In Kapitel 2 skizziere ich den Wandel des Kriegsbildes und die Veränderungen in der internationalen und deutschen Sicherheitspolitik der vergangenen Dekaden, bevor ich in Kapitel 3 einen kritischen Blick auf die aktuelle deutsche Sicherheitspolitik werfe und in Kapitel 4 über Alternativen zum Irrweg der Kriegstüchtigkeit und zum militarisierten Denken nachdenke.

Schon für die griechischen Philosophen entstand Wahrheit aus der Auseinandersetzung. Kontroverse und Streit sind fundamental wichtig, auch und gerade in Fragen von Krieg und Frieden. Georg Wilhelm Friedrich Hegel schrieb: »Das Wahre ist das Ganze«, und ich habe den Eindruck, dass wir oftmals zu einseitig diskutieren. Anders formuliert: Ich will versuchen, hier *sine ira et studio* – also ohne emotionale Beteiligung und Parteinahmen – so sachlich und objektiv wie möglich, aber doch klar in der Sache zu argumentieren.

Mein Ziel ist, mit diesem Buch den sicherheitspolitischen IQ der Bevölkerung zu verbessern und dabei Deutschland nicht den Kriegstüchtigern zu überlassen.

Johannes Varwick
Berlin/Halle (Saale), Herbst 2025

1 Wie mich Realpolitik im Ukraine-Krieg ins Abseits manövriert hat

Die Geschichte der internationalen Beziehungen ist seit jeher dadurch gekennzeichnet, dass Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt anwenden. Gleichwohl wurde immer wieder versucht, die durch Kriege verursachten Störungen und Schäden in den betroffenen Staaten wie auch im internationalen System zu vermeiden oder zumindest zu begrenzen. Nichtangriffspakte, Verteidigungsallianzen, Rückversicherungsverträge und austarierte Gleichgewichtskonstellationen zwischen Großmächten erwiesen sich allerdings bis in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs hinein als zu fragil, um den Willen von Staaten zur gewaltsamen Interessendurchsetzung dauerhaft zu bändigen.

Vor allem das Fehlen international akzeptierter Verbotsnormen und machtvoller Instanzen zur Aufrechterhaltung einer auf Normen aufbauenden Friedensordnung erlaubte den Staaten unter Berufung auf ihre Souveränität immer wieder den Rückgriff auf die *ultima ratio regum*, den Krieg. Sicherheitspolitik befasst sich ebenso wie die Friedens- und Konfliktforschung mit den Möglichkeiten, Kriege zu verhindern beziehungsweise sich in diesen zu behaupten.

Als »Sicherheitspolitiker« habe ich Politikwissenschaft in den vergangenen 25 Jahren vor allem als politiknahe Wissenschaft verstanden, die sich systematische Gedanken zum Thema Krieg und Frieden macht. Zentrale Erkenntnisabsicht ist dabei die Förderung des Friedens. Die Frage, wie Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen zu vermeiden sind, gehört zu den zentralen politischen Problemstellungen. Jenseits der konsensfähigen Feststellung, dass Krieg – so die Terminologie der Charta der Vereinten Nationen (UN) – eine »Geißel der Menschheit« ist, an deren Einhegung und Abschaffung mit Prio-

rität gearbeitet werden muss, herrscht allerdings über den erfolgversprechenden Weg dahin weniger Einvernehmen. Das ist auch gut so – denn allgemeingültige Wahrheiten gibt es in der Politik und auch der Politikwissenschaft nicht. Und wer glaubt, welche gefunden zu haben, hatte immer mein Misstrauen.

Seit meiner ersten Anstellung im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) Ende der 1990er-Jahre war dabei Politikberatung für mich Antrieb und Ratio zugleich. Ich hatte das Geschäft bei einem der klassischen transatlantisch orientierten Forschungsinstitute gelernt, inklusive längerer Aufenthalte in den USA, etwa als Dräger Fellow im US State Department. Dennoch war ich 2003 froh, nach ein paar Jahren in der dynamischen Berliner Denkfabriken-Landschaft wieder an eine Universität (wenngleich zunächst an die Bundeswehruniversität) zu wechseln. Zugleich war mir immer klar: Wissenschaft und Politik leben in unterschiedlichen Welten, mit je eigener Logik und eigenen Erfolgskriterien. Wissenschaftlern wird seitens der praktischen Politik die Neigung zu realitätsfernen Utopien bei Problemstellungen zugeschrieben, für die die politische Welt umsetzbare Handlungsempfehlungen nachfragt. Die akademische Welt charakterisiert dagegen häufig Entwürfe und Entscheidungen von Politikern und Beamten als Flickschusterei, geboren aus politischer Kurzsicht und ohne Rücksicht auf die Langzeitwirkungen.

Seit fast 15 Jahren erfahre ich dies als Inhaber des Lehrstuhls für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Ein Lehrstuhl gibt die Freiheit, zu denken und auch zu tun, was man will und wie man es will. Diese Unabhängigkeit habe ich stets als Verpflichtung verstanden, nicht dem Zeitgeist hinterherzulaufen oder Mainstream-Positionen zu replizieren, sondern ohne Loyalitäten, Zwänge oder Druck nachzudenken. Im Jahr 2022 habe ich gleichwohl mit diesem Ansatz meinen Zugang zur Politik in weiten Teilen verloren: Wer sich zu weit vom Mainstream entfernt, der wird kaltgestellt. Doch eins nach dem anderen.

Gesinnungswandel 1.0

Als Jugendlicher war ich – gut zwei Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges geboren – kritisch gegenüber dem Militär eingestellt und wollte mit der Bundeswehr nichts zu tun haben. Noch bevor ich zur damals obligatorischen Musterung aufgefordert wurde, verweigerte ich 1985 den Kriegsdienst. Weniger, weil ich damals Pazifist gewesen wäre (obschon diese Begründung der einfachste Weg war, sich der damals geltenden Wehrpflicht zu entziehen), sondern mit der Argumentation, dass im Nuklearzeitalter Krieg keine Option sein könne.

Sicherheitspolitik ist mir also nicht gerade in die Wiege gelegt worden, ich habe sie mir vielmehr schrittweise angeeignet. In diesem Sinne empfand ich es als konsequent, meine jugendliche Haltung mit zunehmendem Wissen, wachsender Erfahrung und einer veränderten weltpolitischen Lage massiv infrage zu stellen. Wer schon einmal seine Grundhaltung verändert hat, der weiß, dass dies einiges an Kraft und Leidensfähigkeit erfordert und das politische und oft auch persönliche Netzwerk kostet. Ich habe aber daraus gelernt, der Kraft jedes guten Arguments Gehör zu schenken und bereit zu sein, feste Denkmuster infrage zu stellen.

Spätestens die Kriege auf dem Balkan Anfang der 1990er-Jahre haben zudem in mir die Auffassung reifen lassen, dass »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder schwerste Menschenrechtsverletzungen« durchaus in ein Spannungsverhältnis geraten können. Ich gehörte dann zu denen, die früh ein militärisches Eingreifen in Bosnien-Herzegowina forderten und dafür auch öffentlich Position bezogen. Konsequent zu Ende gedacht bedeutete dies für mich auch, mich tabufrei, faktenorientiert und gründlich mit einem breiten Spektrum an sicherheitspolitischen Fragen zu beschäftigen: von den Erfordernissen von Rüstung und Rüstungsindustrie über die Möglichkeiten und Grenzen militärischer Mittel bis hin zu den Anforderungen des erweiterten Sicherheitsbegriffes und den daraus ableitbaren Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik.

In meinem Studium der Politik- und Rechtswissenschaft legte ich bereits früh meinen Schwerpunkt auf sicherheitspolitische Fragen und promovierte 1998 mit einer Arbeit zum Thema »Sicherheit und Integration in Europa«¹ – dies bereits in engem Austausch mit der sicherheitspolitischen Praxis. Nach einer Station bei der bereits erwähnten DGAP in Berlin als Referent der Studiengruppe für Strategische Fragen unter Leitung des damaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, des SPD-Politikers Hans-Ulrich Klose, lehrte ich dann gut drei Jahre lang an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg Sicherheitspolitik und fand nicht nur den Kontakt zu Offizieren, sondern zunehmend auch zu zahlreichen Entscheidungsträgern in Bundeswehr und Ministerien.

Von Helmut Schmidt habe ich viel gelernt. Unter anderem hat mich sein Satz beeindruckt: »Ich bin kein Pazifist, aber die Leichtfertigkeit, mit der manche glauben, wenn die Politik nichts taugt, dann solle wenigstens das Militär zuschlagen, erschreckt mich – und ich möchte an ihr keinen Teil haben.«² Oder seine Aussage anlässlich der ersten Vereidigung von Bundeswehrrekruten vor dem Reichstag in Berlin im Juli 2008:

»Liebe junge Soldaten! Ihr habt das große Glück – ganz anders als ich als Rekrut des Jahres 1937! – ihr habt das Glück, einer heute friedfertigen Nation und ihrem heute rechtlich geordneten Staat zu dienen. Ihr müsst wissen: Euer Dienst kann auch Risiken und Gefahren umfassen. Aber ihr könnt euch darauf verlassen: Dieser Staat wird euch nicht missbrauchen. Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot – nicht nur für die Regierenden, sondern für uns alle.«³

Im Zentrum

Ich habe in den vergangenen Jahrzehnten, lange vor dem Krieg gegen die Ukraine, dafür plädiert, Deutschland solle mehr Verantwortung in

der internationalen Sicherheitspolitik übernehmen, seine Streitkräfte besser ausstatten und es sich nicht ausschließlich bei den angenehmen politischen Themen bequem machen, während es die Gräuel der Welt nur von der Seitenlinie kommentiert.

Diese Haltung war in weiten Teilen der Öffentlichkeit – lange vor der aktuellen Debatte um Kriegstüchtigkeit und rasant steigende Verteidigungshaushalte – nicht immer populär, aber im ministeriellen Berlin fand ich damit durchaus Gehör. Meine damalige Haltung wurde beispielsweise sehr deutlich als Sachverständiger in der Bundestagskommission zur Reform der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Bei der Expertenanhörung im Deutschen Bundestag im September 2014 legte ich dar, was meiner Auffassung nach politisch geschehen müsse.

»Deutschland hat eine ökonomische und politische Schlüsselrolle sowohl in der NATO als auch in der EU, nimmt diese aber im sicherheitspolitischen Bereich aus verschiedenen Gründen nicht immer hinreichend wahr. Ziel muss sein, dass Deutschland nach einem gründlichen politischen Abwägungsprozess grundsätzlich im vollen Spektrum an allen denkbaren Einsätzen von NATO und EU teilnehmen kann und sein sicherheitspolitisches Instrumentarium verfassungskonform, verlässlich, bündniskonform und solidarisch zur Anwendung bringen kann. [...] Die Kultur der Zurückhaltung (die in sicherheitspolitischer Hinsicht oftmals Kompensationen durch unsere Bündnispartner bedingte und für die die Partner Deutschlands immer weniger Verständnis aufbringen) und die Kultur der Verantwortung sind in der deutschen Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahren nicht immer richtig austariert worden.«⁴

In meiner Antrittsvorlesung an der Universität Halle-Wittenberg sprach ich im Mai 2014 bewusst zu einem sicherheitspolitischen Thema. Dort führte ich aus:

»Wenn ich nun also mit einem sicherheitspolitischen Thema Ihre Aufmerksamkeit für einen Bereich beanspruche, der in unserem Fach eher ein Nischendasein fristet, dann unterstelle ich damit auch, dass der sicherheitspolitische Diskurs in Deutschland ausbaufähig ist. Und dies gilt auch für die Debatte an Universitäten: Gerne wird hier etwa über Sinn und Zweck von Zivilklauseln gestritten, aber ein gehaltvoller sicherheitspolitischer Streit ist immer noch selten. Schlimmer noch: Ein sicherheits- oder gar militärisches Thema ist fast schon ein Ausschlusskriterium bei Berufungsvorträgen.«

Und ich endete wie folgt:

»Angesichts des eingangs festgestellten Befundes, nach dem der sicherheitspolitische Diskurs in Deutschland ausbaufähig ist, bleibt es aber meines Erachtens notwendig, die Sicherheitsforschung an den Universitäten zu stärken. Ob angesichts der jüngsten Ereignisse in der Ukraine sicherheitspolitische Nischenthemen wie das heute diskutierte an den Rand gedrängt werden und sich Sicherheitspolitik auch wieder stärker mit alten Fragen der Machtpolitik zu befassen hat, ist heute nicht absehbar. Ich hoffe das nicht. Aber wer interessiert sich schon für die Hoffnungen eines Professors aus Halle?«⁵

Als Professor beriet ich Ministerien und Politik, unter anderem als Mitglied des UN-Politischen Beirats im Auswärtigen Amt. Ich publizierte zu sicherheitspolitischen Fragen, kommentierte Sicherheitspolitik in den Medien, nahm an der Münchner Sicherheitskonferenz teil und war aktiver Teil der sicherheitspolitischen Community in Deutschland und Europa.

Im Mai 2019 gipfelte diese Entwicklung in gewisser Weise in meiner Wahl zum ehrenamtlichen Präsidenten der altehrwürdigen Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), die in den 1950er-Jahren als »Ge-

sellschaft für Wehrkunde« gegründet worden war und die – finanziert aus dem Bundeshaushalt – bis heute eine der großen sicherheitspolitischen »Mittlerorganisationen« Deutschlands ist. Ich war damit – aus innerer Überzeugung und im unabhängig erworbenen Urteil – im sicherheitspolitischen Mainstream angekommen. Mein Ziel war, aktiv an der Verbreiterung des sicherheitspolitischen Dialogs in Deutschland mitzuwirken. Insbesondere sah ich hohen Bedarf, für die gewachsene sicherheitspolitische Rolle Deutschlands eine bessere Resonanz zu schaffen – und ich wollte dazu beitragen, dass Deutschland diese Rolle mit gut justiertem Kompass angeht. Denn die deutsche Sicherheitspolitik hatte sich in den vergangenen Jahren zwar erheblich verändert, allerdings waren diese Veränderungen in weiten Teilen der Gesellschaft bis dato nicht wirklich akzeptiert, geschweige denn verankert.

Ein gehaltvoller sicherheitspolitischer Dialog und auch Streit, so formulierte ich es in meiner Bewerbungsrede zur Wahl des Präsidenten der GSP im Mai 2019, sei nicht nur auf der Ebene der Politik und Wissenschaft, von Experten und Ministerien notwendig, sondern müsse dezidiert auch mit der interessierten Öffentlichkeit geführt werden. Dafür seien qualifizierte und engagierte »Mittler« notwendig. Ich wollte einer GSP vorstehen, die Sicherheitspolitik gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt und mit Herzblut diskutiert und vermittelt.⁶ Diese Aufgabe war allerdings schwerer, als ich mir vorgestellt hatte. Ich »fremdelte« in mancherlei Hinsicht mit der Basis der Organisation, die – obschon es viele beeindruckende und engagierte Mitglieder und Funktionäre gab – zu großen Teilen aus bundeswehraffen älteren Herren – dem sogenannten »Lodenmantelgeschwader« – bestand, die zwar einerseits wussten, dass frischer Wind, neue Themen und auch ein Generationenwechsel notwendig waren, die aber andererseits nicht wirklich zu Veränderungen bereit waren.

Die Zeit als Präsident war dennoch spannend. Ich konnte daran mitwirken, dass Veranstaltungen und Diskussionen raus aus den Ka-